

Förderung von Nazis durch Spitzelsteuersatz

Katharina König zu den Antworten der Landesregierung auf parlamentarische Anfragen

Nach ihr vorliegenden Informationen gehörte eine Anstellung für Neonazis als staatlich bezahlte Spitzel beim Thüringer Verfassungsschutz durch die besondere steuerliche Begünstigung zu deren lukrativsten Einkommensquellen, stellte Katharina König, Sprecherin für Antifaschismus der Linksfraktion, fest.

Neonazis in Thüringen haben nicht nur mehrfach fünf- bis sechsstellige Euro-Beträge als V-Personen aus der Landeskasse durch den Verfassungsschutz erhalten haben.

Aus der Antwort der Landesregierung auf Kleine Anfragen der Abgeordneten zur Steuerpraxis des Verfassungsschutzes geht nun hervor, dass das Honorar-Einkommen von Informanten des Inlandsgeheimdienstes seit über 13 Jahren lediglich mit einem pauschalen Steuersatz von zehn Prozent durch das Landesamt für Verfassungsschutz versteuert wurde, also deutlich unter dem eines normalen Arbeitnehmers (2013: Spitzensteuersatz 45 Prozent, Eingangssteuersatz: 15 Prozent).

Dabei hatte die Landesregierung zu den Anfragen erklärt, dass man im Jahr 1999 den Steuersatz der Mutterbehörde in Köln übernommen habe und die pauschale Steuer ohne Nennung der besteuerten Informanten an das Finanzamt Gotha abführe. Ob die V-Leute in Thüringen Steuerhinterziehung oder Sozialleistungsmissbrauch begehen und neben ihrer Spitzeltätigkeit noch andere Gelder vom Staat erhalten, könne nicht überprüft werden.

Obwohl die Landesregierung einräumte, dass aus Leistungsbeziehungen V-Leute nicht von einer Mitteilungspflicht gegenüber Behörden, wie Arbeitsämtern oder Sozialämtern, über ihre Honorare befreit sind und diese eigentlich ihre Zuverdienste angeben

müssten, könne eine Überprüfung durch diese Ämter nicht stattfinden, da die Identitäten ja verheimlicht werden. Die Landesregierung sehe darin ein Risiko zur Begehung von Sozialleistungsbetrug durch V-Leute, konkrete Fälle seien ihr aber nicht bekannt.

„Da beißt sich die Katze in den Schwanz, wenn man bei spitzelnden Neonazis, welche ihre Kameraden gegen Geld verraten, an deren Ehrlichkeit appelliert, ihre geheim erhaltenen Honorare selbst anzugeben den Behörden, die möglicherweise aufgrund der mitunter hohen Nebeneinkommen Leistungen kürzen würden“, kommentierte Katharina König die Äußerungen der Landesregierung.

Die Abgeordnete erneuerte die Forderung der LINKEN nach sofortiger Beendigung des V-Leute-Systems und ersatzloser Abschaffung des Inlandsgeheimdienstes.

Inhaftierter Wohlleben erhält weitere Unterstützung

Der inhaftierte NSU-Helfer Ralf Wohlleben erhält weitere Unterstützung aus dem militanten Thüringer Neonazi-Milieu. Wie die Landesregierung auf eine Anfrage der Abgeordneten Katharina König bestätigte, wurde im Herbst 2012 eine CD in der Neonazi-Szene publiziert und im Internet als Solidaritäts-CD für Wohlleben beworben. Darauf vertreten ist eine Thüringer Band namens SKD. „Hier zeigt sich ein weiterer Kontakt zwischen dem in Deutschland verbotenen Blood&Honor-Netzwerk sowie dem NSU bzw. dessen Unterstützern. So spielte SKD auf einem B&H-Konzert im Jahr 2005 in Bayern und beteiligte sich an zwei CDs des Netzwerks.“

Die Abgeordnete verwies auf die Vielzahl der von den Bandmitgliedern begangenen Straftaten: 34 Verurteilungen u.a. wegen Brandstiftung, Ver-

stoß gegen das Waffengesetz sowie auch Volksverhetzung: „Die z.T. eindeutigen antisemitischen, ausländerfeindlichen, volksverhetzenden und gewaltdarstellenden Texte belegen die neonazistische Verortung ebenso, wie die von der Band ausgehende Gefahr.“

Neonazis sammeln Spenden und organisieren Konzerte

Die Landesregierung bestätigte auch, dass der Neonazi Steffen Richter aus Saalfeld in enger Verbindung zu jener Musikgruppe aus Gotha stand. „Richter, der von der NPD Thüringen im Jahr 2009 als Landtagskandidat für den Wahlkreis Saalfeld-Rudolstadt aufgestellt wurde, gehört zu den engsten Vertrauten des derzeit in der JVA-Stadelheim inhaftierten Neonazis Ralf Wohlleben und unterstützt diesen seit seiner Inhaftierung massiv, u.a. durch Spendensammlungen und die Organisation von Konzerten“, betonte Katharina König.

Sie erinnerte daran, dass der gleiche Neonazi im Juni 2012 wegen „Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat“ verhaftet wurde. Auf seinem Handy sei bei einer Durchsuchung schließlich auch das Foto einer Waffe gefunden worden, einer Ceska, Modell 1924, am Telefon habe er sich mit anderen Neonazis über Plastiksprengstoff ausgetauscht. Zudem sei Steffen Richter verdächtig, mit Ralf Wohlleben seit dessen Inhaftierung über Drittgefangene Kontakt herzustellen und somit unkontrollierte Informationen mit Wohlleben auszutauschen.

Die Pressemitteilungen (vom 5.2. und 30.1) sowie Anfragen der Abgeordneten mit den Antworten der Landesregierung ausführlich unter:
<http://www.die-linke-thl.de/nc/presse/pressemitteilungen>

VON A BIS Z:

Prozesskostenhilfe

Die Linkfraktion hat aufgerufen, die ver.di-Unterschriftensammlung gegen die geplante Beschneidung der Prozesskosten- und Beratungshilfe zu unterstützen. Diese müsse „in ihrer Funktion als sozialer Türöffner zu Gerichten und Rechtsanwälden erhalten bleiben“, sagte MdL Sabine Berninger und wies die von der schwarz-gelben Bundesregierung geplante Demontage zurück. „Die Thüringer Bundestagsabgeordneten und die Thüringer Landesregierung im Bundesrat müssen sich klar gegen dieses Vorhaben positionieren.“

„Das Recht auf wirksamen Rechtsschutz ist ein sowohl im Grundgesetz als auch in der Thüringer Landesverfassung verankertes Grundrecht. Es muss allen unabhängig von ihrem sozialen und finanziellen Hintergrund zur Verfügung stehen“, so die LINKE-Justizpolitikerin. Die Abgeordnete bezeichnete es als „asozial und zynisch, die Prozesskosten- und Beratungshilfe wegen angeblicher ‚Kostenexplosion‘ dem neoliberalen Spardiktat zu unterwerfen und die Unterstützungsansprüche für Betroffene zu demontieren“.

Die Beratungshilfe für den ersten Besuch bei einem Rechtsanwalt und die Prozesskostenhilfe für die Anwaltsunterstützung im Gerichtsverfahren seien angesichts komplexer werdender Rechtsvorschriften immer notwendiger. Gerade wegen der Fristgebundenheit vieler Verfahren zur Rechtsdurchsetzung dürfte sich die bei der Beratungshilfe geplante förmliche Antragspflicht in der Praxis ziemlich verheerend auswirken. ■

WICHTIGE TERMINE

Landtagssitzungen:

Die nächsten Plenarsitzungen des Thüringer Landtags finden am 14. und 15. Februar statt und im März in der Zeit vom 20. bis 22. des Monats.

Fachtagung zum „Versammlungsgesetz“:

Ob ein Versammlungsgesetz für Thüringen sinnvoll wäre und das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit stärken könnte, dieser Frage geht eine Fachtagung nach, zu der die Fraktion DIE LINKE in Kooperation mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen am Freitag, den 1. März (10 bis 15 Uhr) in den Landtag nach Erfurt (Raum 121) einlädt.

Ständig aktuelle Informationen zur Arbeit der Linksfraktion im Thüringer Landtag:
www.die-linke-thl.de ■

Rundfunkgebühr

„Die Umstellung von der Gerätebezogenen auf die Haushaltsgebühr hat der Akzeptanz des öffentlich-rechtlichen Rundfunks geschadet, die Finanzierung ist nicht sozial gerechter geworden und der Verwaltungsaufwand nicht geringer“, so MdL André Blechschmidt zur anhaltenden Rundfunkgebühren-Diskussion. Die Linksfraktion kritisiert die fehlende soziale Staffelung der Gebühr sowie die nicht mehr bestehende Befreiung für Gehörlose und Blinde. Zudem haben Datenschützer massive Bedenken angemeldet. Trotz aller Schwierigkeiten müsse aber der öffentlich-rechtliche Rundfunk auskömmlich finanziert sein und zwar fern von staatlicher Einflussnahme, sagte der LINKE-Politiker. ■

Krankenhausgesetz

Seit fast einem Jahr hat die Landesregierung den Entwurf eines neuen Krankenhausgesetzes in der Schublade. Das aus dem Jahr 2003 stammende gültige Gesetz enthält keine Regelungen zur Sicherung der Qualität. „Besonders die gestiegenen Anforderungen an die Hygiene und die damit verbundenen neuen Aufgaben können nicht nur mit einer Verordnung geregelt werden, wir brauchen endlich rechtlich festgeschriebene klare Qualitätsstandards und Qualitätskriterien für Krankenhäuser. Das ist im Sinne einer patientengerechten Versorgung notwendig“, betonte der Gesundheitspolitiker Jörg Kubitzki und verwies auf einen Antrag der Linksfraktion für die Plenarsitzung. ■

Straßenbau

„Bevor nun, wie es der Verkehrsminister angekündigt hat, eine hessisch-thüringische Projektgruppe den ‚Einklang von Wirtschaftlichkeit, Mobilität und Naturschutz‘ bei der Rhönquerung versucht und die 16jährigen Fehlplanungen der B87n in abgewandelter Form fortsetzen soll, muss die bisherige Vorgehensweise genau analysiert werden“, forderte MdL Gudrun Lukin. Zu klären sei auch, welche Konzepte zur Verkehrsvermeidung und Entlastung der Region entwickelt wurden und ob überhaupt die Verkehrs-Planungszahlen noch aktuell sind. „Vor dem Bau neuer Straßen sollten Bund und Land eine Infrastrukturanalyse Verkehr vorlegen“, so die LINKE Verkehrspolitikerin abschließend. ■